

Jeanprêtre, Loeb, Meier Samuel, Mühlemann, Pidoux, Pini, Rechsteiner Rudolf, Ruffy, Rychen, Stamm Judith, Steffen, Steinegger, Tschuppert, Vermot, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss, Ziegler (34)

Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas:
Leuenberger (1)

Art. 9 Abs. 3

Antrag der Kommission

Mehrheit

Streichen

Minderheit

(Engelberger, Dettling, Fischer-Hägglingen, Fritschi, Heim, Leuba, Schmid Samuel, Wittenwiler)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 9 al. 3

Proposition de la commission

Majorité

Biffer

Minorité

(Engelberger, Dettling, Fischer-Hägglingen, Fritschi, Heim, Leuba, Schmid Samuel, Wittenwiler)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 11a

Antrag der Kommission

Mehrheit

Abs. 1

Festhalten

Abs. 2

.... ihrer Urteilsfähigkeit aus.

Minderheit

(Engelberger, Dettling, Fischer-Hägglingen, Fritschi, Heim, Leuba, Schmid Samuel, Wittenwiler)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 11a

Proposition de la commission

Majorité

Al. 1

Maintenir

Al. 2

Ils exercent leurs droits dans la mesure où ils sont capables de discernement.

Minorité

(Engelberger, Dettling, Fischer-Hägglingen, Fritschi, Heim, Leuba, Schmid Samuel, Wittenwiler)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Engelberger Edi (R, NW): Die Einfügung von Artikel 11a unter dem Titel «Rechte der Kinder und Jugendlichen» hat schon sehr viel zu reden gegeben, in der nationalrätlichen Kommission, schliesslich hier im Nationalrat, dann wieder im Ständerat mit diesem Absatz 3 in Artikel 9 und letztmals in der nationalrätlichen Kommission im Rahmen der Differenzvereinbarung. Die Kommission hat dann der nationalrätlichen Fassung mit 14 zu 8 Stimmen den Vorzug gegeben.

So vertrete ich hier den Antrag der Minderheit, die überzeugt ist, dass die Neufassung des Ständerates geglückt ist und dass der Ständerat mit Artikel 9 Absatz 3 auch den richtigen Ort gefunden hat. Ich will aber vorausschicken, dass wir gegenüber den Jugendverbänden grosses Verständnis an den Tag legen und ihre Bedürfnisse sehr ernst nehmen und einen würdigen Beitrag zu deren Befriedigung leisten wollen. Mit der Fassung des Ständerates «Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und Entwicklung» hätten wir diesem Anliegen nach unserem Empfinden nachhaltig Rechnung getragen. Vor allem, wenn man bedenkt, dass bereits in Absatz 2 von Artikel 9, der für jeden Menschen gilt, auch für Kinder und Jugendliche, das Recht auf persönliche Freiheit, zu der insbesondere die kör-

perliche und die geistige Unversehrtheit gehören, verbrieft ist. Diese sind auch in anderen Bestimmungen zusätzlich erwähnt: indirekt in der Präambel, in den Sozialzielen und insbesondere in Artikel 81.

Ich bin mir bewusst, dass wir auf den Begriff der «harmonischen Entwicklung» verzichten, doch wäre diese Formulierung laut Verwaltung kaum justitiabel. Der Richter könnte kaum sagen, was dies wäre und wie weit es ginge. Der Ermessensspielraum wäre zu gross.

Ich persönlich glaube, die Aufnahme der «harmonischen Entwicklung» in die Bundesverfassung wäre heute nicht ehrlich. Es wäre zu schön, um wahr zu sein – aber auch nicht opportun, vor allem wenn ich an die Überlegungen denke, die Herr Zbinden in der Kommission gemacht hat: «Wegen der vielen Trennungen und Scheidungen wird unsere Gesellschaft immer stärker kinderentwöhnt.» Hier habe ich Zweifel, ob da eine «harmonische Entwicklung» verfassungsmässig gefordert werden soll, kann oder auch darf.

Herr Zbinden, ich habe Ihre Aussagen im Protokoll mehrmals gelesen, und sie haben mich beeindruckt. Trotzdem bin ich zum Schluss gekommen, der Antrag der Minderheit bzw. der Beschluss des Ständerates sei die richtige Antwort auf diese Frage. Ich bin vor allem auch deshalb zu diesem Schluss gekommen, weil ich weiss, dass die Jugendorganisationen damit leben können, so Heinrich Koller.

Herr Bundesrat Koller hat auch im Ständerat im Zusammenhang mit den Grundrechten und der Systematik der Grundrechte zu Artikel 11a seine Bedenken geäussert, und wir sind überzeugt, dass auch in dieser Hinsicht die Fassung des Ständerates mit Absatz 3 in Artikel 9 die richtige Lösung ist. Ich bitte Sie, bei Artikel 9 Absatz 3 und Artikel 11a dem Antrag der Minderheit zuzustimmen. Damit bestünde eine Differenz weniger zum Ständerat.

Heim Alex (C, SO): Ich spreche zu Artikel 9 Absatz 3 und Artikel 11a. Die CVP-Fraktion wird dem Ständerat zustimmen – ich hoffe es wenigstens –, also der Formulierung von Artikel 9 Absatz 3 und der Streichung von Artikel 11a. Auch die nochmalige Präzisierung «im Rahmen ihrer Urteilsfähigkeit» konnte unsere Fraktion nicht überzeugen.

Welches sind die Gründe für unsere Haltung?

1. Mit Artikel 11a wird «eine harmonische Entwicklung» der Kinder als Grundrecht festgeschrieben. Grundrechte stehen aber allen zu, nicht nur den Kindern.

2. Wie üben die Kinder diese Rechte aus? Gibt es ein Klagerecht für Kinder, wenn z. B. eine Schulklasse zu gross ist und damit die «harmonische Entwicklung» eines Kindes gefährdet ist?

3. Den Schutz der Kinder und Jugendlichen, wie ihn Artikel 9 Absatz 3 vorsieht, müssen wir in der Verfassung festschreiben; dem stimmt unsere Fraktion einstimmig zu.

4. In Artikel 81 wird dem Anliegen von Artikel 11a genügend Rechnung getragen.

5. Die Jugendverbände haben sich mit der Formulierung des Ständerates einverstanden erklärt. Die spezielle Erwähnung der Kinder und Jugendlichen war ihnen ein wichtiges Anliegen, und diesem konnte mit der Formulierung von Artikel 9 Absatz 3 Rechnung getragen werden.

6. Wir sind jetzt, wie schon öfter erwähnt, in der Differenzvereinbarung, und ich bitte Sie – unser Rat hat Artikel 11a lediglich mit 73 zu 67 Stimmen zugestimmt –, diese Differenz zu bereinigen und dem Ständerat zuzustimmen.

Leuba Jean-François (L, VD): Il faut revenir à l'histoire de cet article. Vous savez qu'un article sur les jeunes était une demande pressante des organisations de jeunesse. Le Conseil fédéral et le Conseil des Etats, dans sa première version, n'avaient pas repris cette demande. Le Conseil national a alors introduit l'article 11a. Lorsque le Conseil des Etats a passé à la procédure d'élimination des divergences, il a accepté d'introduire une disposition sur la protection des enfants et des jeunes – c'est l'article 9 alinéa 3: «Les enfants et les adolescents ont droit à une protection particulière quant à leur intégrité et leur développement.» Comme l'ont déjà dit ceux qui se sont exprimés avant moi, cet article a reçu, selon

l'Office fédéral de la justice, l'accord des organisations de jeunesse. Le Conseil des Etats a donc fait un pas important dans notre direction pour trouver une solution de compromis à ce problème. Les éléments fondamentaux sont repris dans l'article 9 alinéa 3: c'est-à-dire la protection particulière à laquelle ont droit les enfants et les adolescents quant à leur intégrité – ce qui est évident – et quant à leur développement. C'est déjà une définition relativement large des droits des enfants et des adolescents.

Mais alors, la solution proposée à l'article 11a par la majorité de notre commission nous amène à une absurdité: non seulement le «développement harmonieux» (al. 1er) est une notion vague, mais surtout l'alinéa 2 nous mène à une situation impossible. Lorsqu'on dit: «Ils exercent leurs droits dans la mesure où ils sont capables de discernement», ça voudrait donc dire que dès qu'un jeune est capable de discernement, il a le droit de s'engager par contrat, de contracter des dettes, d'acheter les choses les plus invraisemblables, et il répond ainsi sur ses biens de ce qu'il achète ou là où il s'engage. La notion de «discernement» est une notion qui n'est exercée en droit civil que pour les droits strictement personnels, et non pas pour les autres droits. Les enfants et les adolescents, qui ont besoin d'une protection précisément en vertu de l'article 9 alinéa 3, ont cette protection car ils ne sont pas reconnus comme capables de conclure des contrats avant l'âge de 18 ans. C'est donc à une solution absurde que mène la proposition de la majorité de la commission.

C'est la raison pour laquelle le groupe libéral vous invite à suivre la proposition de la minorité de la commission.

Zbinden Hans (S, AG): Artikel 9 Absatz 3 und Artikel 11a hängen materiell zusammen. Erlauben Sie mir, dass ich nochmals eine kurze Einleitung mache: Wir setzten mit der Einführung dieses Artikels zu Kinder- und Jugendrechten in der ersten Lesung einen kleinen Farbtupfer in dieser mehr oder weniger grauen Verfassung. Das war sehr erfreulich. Es geht hier schliesslich um die grösste Minderheit, um eine grosse Zahl von Menschen, um 1,2 Millionen Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren in diesem Land. Sie bilden unsere Zukunft, und wir haben gerade vorhin in der Präambel das Prinzip der Nachhaltigkeit, die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen, stipuliert. Genau diese Kinder und Jugendlichen verkörpern diese Zukunft. Sie sind praktisch eine Inkarnation der Nachhaltigkeit.

Hier müssen wir für sie den Beweis antreten. Nun, wir haben unsererseits aus der ersten Debatte und aus der Debatte des Ständerates auch gelernt. Wir haben Ihnen, der skeptischen Minderheit hier in diesem Saal, eine Art Brücke gebaut, indem wir den Bereich der Rechtsausübung präzisiert haben. Der Staatsrechtler Herr Professor Jörg Paul Müller hat den Vorschlag gemacht, statt des Begriffs der Fähigkeit den Begriff der Urteilsfähigkeit mit in den Artikel hineinzunehmen. Der Begriff der Urteilsfähigkeit – ich bin nicht Jurist, aber ich weiss, dass dieser Begriff ein anerkannter juristischer Begriff ist – zeigt etwas ganz Wichtiges auf: Urteilsfähigkeit kann nicht von einem Tag auf den anderen erlangt werden. Sondern man erwirbt sie in einem Prozess. Die Kinder werden, wenn sie in die Schule gehen, zum ersten Mal im Rahmen der Schulreifeprüfung auf ihre Urteilsfähigkeit hin geprüft: ob sie nämlich nicht nur Sachverstand aufweisen, also nicht nur über Wissen, Kenntnisse und Informationen verfügen, sondern ob sie auch Situationen beurteilen können, ob sie werten können. Werten heisst aber auch, dass man bereits moralische Fähigkeiten aufweist, dass man bis zu einem bestimmten Grad Moralität hat. Später, wenn die Jugendlichen aus der Schule kommen, werden sie nochmals geprüft. Daher zeigt der Begriff der Urteilsfähigkeit, dass man nicht nur über Verstand verfügt, sondern auch über Vernunft.

Urteilsfähigkeit heisst demnach, dass man sich vernunftgemäss verhalten kann, dass man vernunftgemäss handeln kann.

Ich bitte Sie alle – deshalb steige ich noch einmal hier auf die Barrikaden, obschon wir auch in der Kommission zum zweiten Mal die Mehrheit hatten –, diesen Artikel, bei welchem es um die Elemente der Entwicklungsfähigkeit, den Schutz und

vor allem den Bereich der Rechtsausübung geht, zu unterstützen. Er war im Ständerat bezüglich der beiden ersten Teile auch nicht bestritten.

Herr Bundesrat Koller, ich persönlich – und ich bin wahrscheinlich nicht der einzige – habe in der Schweiz noch kein allzu grosses Echo auf diesen Verfassungsentwurf gehört. Es hat nicht wahnsinnig laut von den Bergen, von den Höhen und von den Hügeln getönt. Sie müssen deshalb doch daran interessiert sein, in der Bevölkerung Gruppen zu finden, die sich für diese Verfassungsreform einsetzen. Die schweizerischen Jugendverbände stehen im Dialog mit Ihnen und engagieren sich für diese Verfassung. Das sind notabene alles Jugendliche, die auch gegenüber der Allgemeinheit, gegenüber dem Staat Verantwortung tragen. Ausgerechnet diese Gruppe, die sich für diese Verfassung einsetzt, wollen Sie vor den Kopf stossen und ihre Anliegen nicht in die Verfassung aufnehmen.

Wer soll denn hinter der Verfassung stehen, wenn Sie die Gruppen, die sich dafür interessieren, letztlich noch davon abhalten, sich damit zu identifizieren?

Ihr grosser Traum, Herr Bundesrat Koller – ich meine das ernst und sage das nicht mit Humor –, ist es, diese Reform durchzubringen. Dann müssen Sie aber dieses Parlament auch kleine Träume träumen lassen. Nur wenn Sie kleine Träume zulassen, werden Sie sich Ihren grossen Traum erfüllen können.

Ich bitte Sie, diesen Rat nicht daran zu hindern, diese Bestimmung über die Rechte der wichtigen Gruppe der Kinder und Jugendlichen in die Verfassung aufzunehmen.

Präsident: Die SVP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie die Minderheit Engelberger unterstützt.

Vollmer Peter (S, BE): Herr Zbinden hat eigentlich die ganze Frage auf den Punkt gebracht. Der Entscheid, den wir hier fällen, ist ein sehr symbolischer Entscheid. Ich muss Ihnen gestehen: Mich beelendet diese Debatte aus folgendem Grund: Nachdem wir den vorangegangenen Artikel abgeschlossen hatten und zum Artikel über die Jugend kamen, hat sich der Saal schlagartig geleert. Offenbar ist das Thema Jugend und Kinder für diesen Rat kein Thema!

Vor zwei Wochen haben wir 150 Jahre Bundesstaat gefeiert, und der Bundesrat hat dieses Jubiläum unter das Motto gestellt: «Ein Fest für die Jugend.» Wenn wir heute einen konkreten Artikel beraten, mit dem wir ein konkretes Zeichen in diese Richtung setzen könnten, interessiert das hier offenbar nur noch sehr wenige. Ich will nicht Sie beschimpfen – Sie sind ja da; aber es betrifft alle anderen Kollegen. Es ist irgendwo doch fast symbolisch, dass ausgerechnet Sie, Herr Engelberger – ich verstehe das nicht –, diese Minderheit anführen, Sie, der Sie gleichzeitig Präsident eines der grössten schweizerischen Sportverbände sind! Sie sind Präsident eines jener Sportverbände, die sich für die Kinder- und Jugendförderung einsetzen. Der Sport ist doch auch eine der Ebenen, auf denen Kinder- und Jugendpolitik entwickelt wird. Ausgerechnet der Sportpräsident kommt hierher und führt eine Minderheit an, die das alles kleinkariert zusammenstreichen will. Ich kann es nicht anders sagen: Ich bin sehr enttäuscht.

Nun muss ich noch Herrn Heim etwas sagen: Herr Heim, Sie haben hier eine falsche Aussage gemacht. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände steht hinter der Fassung der Kommissionsmehrheit und nicht hinter jener der Minderheit, die dem Ständerat zustimmen will. Heute morgen um 7 Uhr hat eine Sitzung der Parlamentarischen Gruppe für Jugendfragen stattgefunden – einer Gruppe, in welcher, wenn ich das richtig übersehe, etwa 120 Parlamentarier aus dem National- und dem Ständerat eingeschrieben sind. Ganze vier Parlamentarier waren heute um 7 Uhr anwesend! Aus Ihrer Fraktion, Herr Heim, die sich immer so familien- und kinderfreundlich gibt, war gar niemand dabei. Und heute morgen wurde uns nochmals ganz klar gesagt, wo die Jugendverbände stehen: Sie stehen nämlich hinter der Formulierung der Kommissionsmehrheit, wie sie der Nationalrat in der Sommersession beschlossen hat.

Es geht nun wirklich darum, dass wir die Bedeutung unseres Entscheides sehen. Es geht vielleicht weniger um die Formulierung, sondern mehr darum, ob wir in diesem Bereich nochmals Abstriche machen und damit den Jugendlichen zeigen, dass wir ihre Stellung in diesem Staat, ihre Bedeutung für die Zukunft nicht derart hoch einschätzen wie andere Themen, die hier bei vollbesetzten Rängen intensive und harte Debatten ausgelöst haben.

In diesem Sinne möchte ich Sie dringend bitten: Setzen Sie ein Zeichen, stimmen Sie für den Antrag der Kommissionenmehrheit! Ich bitte auch Herrn Bundesrat Koller, sich für die Mehrheit einzusetzen. Wer soll denn sonst diese Verfassung im Volk noch tragen, wenn es nicht die Jugendlichen sind, die mit dieser Verfassung dann in ihrem späteren Leben konfrontiert sind?

Sandoz Suzette (L, VD): En tant que professeur de droit privé qui enseigne à ses étudiants quel est le rôle du discernement dans l'exercice des droits civils, je n'arrive absolument pas à comprendre ce que signifie la proposition de la majorité de la commission. Alors, j'aimerais que vous ayez la gentillesse de me donner un exemple, mais concret, de la modification profonde que l'article 11a alinéa 2 proposé par la majorité de la commission devrait apporter par rapport aux possibilités actuelles des enfants mineurs, puisque nous parlons d'eux. Merci d'essayer de m'expliquer, en me donnant un exemple concret avec une différence fondamentale apportée par cet article.

Vollmer Peter (S, BE): Frau Sandoz, ich kann Ihnen sehr gerne ein Beispiel geben: Es geht beispielsweise auch um die Wahrnehmung der verschiedenen Grundrechte, die hier vorgesehen sind. Sie wissen als Privatrechtlerin ganz genau – als von mir sehr geschätzte Privatrechtlerin, wenn ich mir Ihre Voten vergegenwärtige –, dass die Frage der Urteilsfähigkeit gerade im Zivilgesetzbuch genau so ausgelegt wird, dass Kinder und Jugendliche im Rahmen ihrer Urteilsfähigkeit bereits selbstverantwortlich sind. Wir möchten dieses Prinzip nicht nur in diesem zivilrechtlichen Bereich im Gesetz statuiert, sondern als Verfassungsgrundsatz für den ganzen Bereich des politischen und rechtlichen Lebens anerkannt haben. Das ist die tiefere Bedeutung von Artikel 11a Absatz 2.

Engelberger Edi (R, NW): Herr Vollmer hat gesagt, es seien nicht sehr viele Ratsmitglieder anwesend. Bei meinem Votum – so habe ich gesehen – war Herr Vollmer anwesend. Ich muss aber einfach feststellen, dass er nicht richtig zugehört hat oder zuhören wollte. Ich habe ein ganz klares Bekenntnis zur Jugend, zu den Jugendorganisationen und auch zu den Äusserungen von Herrn Zbinden abgegeben. Ich habe sogar gesagt: «Sie haben mich beeindruckt.»

Es ist richtig, dass ich Präsident eines Wintersportverbandes bin und dabei von morgens bis abends die Jugendorganisationen unterstütze. Aber ich glaube, dass es in diesem Zusammenhang absolut ungerechtfertigt ist, wenn mich Herr Vollmer hier öffentlich kritisiert. Es ist, als ob alles, was man leistet, nicht vorhanden wäre, nur weil man eine andere Meinung als Herr Vollmer hat.

Die Minderheit ist der Überzeugung, dass Artikel 9 Absatz 3 geglückt und der richtige Ort ist und den Bedürfnissen der Jugend wirklich entspricht. Ich möchte Herrn Vollmer bitten, noch einmal mit mir über diese unwürdige Angelegenheit zu sprechen. Aber dazu sollten wir ein Bier miteinander trinken.

Maury Pasquier Liliane (S, GE): J'aimerais tout d'abord m'inscrire en faux contre une allégation qui nous a dit que les associations de jeunes étaient satisfaites du compromis adopté par le Conseil des Etats. J'ai sous les yeux une lettre du Conseil suisse des activités de jeunesse qui dit très exactement le contraire, puisqu'il y est écrit: «Le compromis adopté par le Conseil des Etats est trop faible. Nous souhaitons que le Conseil national maintienne son exigence de consacrer un article indépendant au droit fondamental des enfants et des jeunes à la protection et au développement har-

monieux. En outre, l'alinéa 2 nous importe grandement, car il met véritablement en oeuvre le droit des mineurs à être entendus et à défendre eux-mêmes leurs droits dans toutes les procédures qui les concernent.»

J'ajouterais que la décision du Conseil des Etats n'est pas bonne pour deux raisons:

1. Elle inclut le principe du droit à la protection dans l'article consacré au droit à la vie et à la protection de la liberté personnelle. Certes, il s'agit là des biens les plus précieux dont doit jouir toute personne humaine, quels que soient son âge, son état de santé, sa nationalité, etc. Mais le principe de protection touche d'autres domaines de l'existence: l'éducation par les parents, l'école, la consommation, par exemple. La protection des enfants est un principe qui n'intervient pas seulement lorsque la vie ou l'intégrité physique ou psychique des enfants sont déjà menacées. A ce moment, il est souvent trop tard. Du fait de son intégration dans une autre disposition, le droit des enfants à la protection est inscrit dans une optique spécifique et limitative. En ce sens, la décision du Conseil des Etats est insuffisante. Nous demandons que le droit des enfants et des jeunes au développement et à la protection soit reconnu comme norme indépendante.

2. Le Conseil des Etats a, de plus, choisi les mots «une protection particulière». L'adjectif «particulière» n'apporte rien de nouveau. En effet, la protection que l'on octroie aux enfants est en soi spéciale, différenciée, car elle se justifie par le statut de minorité. Dire que la protection est particulière peut être vu, dans le meilleur des cas, comme un pléonasme. Dans une vision plus pessimiste, le risque est réel que, lorsque la question du respect de ce droit se posera concrètement, l'on se restreigne à vérifier qu'un effort particulier aura été fait, plutôt que de soulever la question fondamentale du besoin du droit et du devoir de protection. La formulation «une protection particulière» se distingue, de plus, du libellé des autres droits de la personne, puisque la constitution parle du droit à la vie, du droit au respect de sa vie privée et familiale, du droit au mariage, et non à un respect particulier par exemple.

Enfin, on doit relever qu'avec l'avènement des droits de l'enfant, concrétisés dans la convention du même nom, la société internationale et les sociétés nationales se sont affranchies de la notion ancienne de «protection particulière», qui appelle à l'engagement social et charitable envers les enfants. Nous sommes entrés dans une phase où la protection est définie au travers d'un ensemble de droits déterminés. C'est pourquoi nous demandons que le droit à la protection soit inscrit en tant qu'article spécial dans le catalogue des droits fondamentaux de la Constitution fédérale.

Sandoz Suzette (L, VD): Vous avez dit à l'instant que les mineurs devaient avoir le droit d'exercer eux-mêmes le droit au mariage. C'est ce que vous venez de dire, alors j'avoue que ça ajoutait une certaine obscurité au brouillard ambiant!

Maury Pasquier Liliane (S, GE): Excusez-moi si j'ai été mal comprise. J'ai juste cité comme exemples d'autres droits fondamentaux. On parlait toujours d'un droit spécifique: le droit à la vie, le droit au respect de la personnalité, le droit au mariage, mais pas dans l'article consacré au droit des enfants et des jeunes. C'est pour cela que nous demandons qu'on parle du droit «à la protection» et non pas du droit «à une protection particulière» comme le suggère le Conseil des Etats. Mais nous ne revendiquons pas le droit au mariage pour les enfants et les jeunes mineurs, Madame Sandoz, rassurez-vous.

Deiss Joseph (C, FR): J'ai suffisamment l'occasion de m'exprimer sur cet objet sans prendre ici la parole à titre personnel. Mais je voudrais néanmoins vous dire que, personnellement, je soutiens la version d'un article 11a qui, d'une manière très claire, démontre que la constitution ou ce Parlement fait confiance aux jeunes et voit en eux la force de l'avenir, voit qu'ils sont capables, même à un degré progressif, de discernement et que, dans cette mesure, ils peuvent progressivement s'intégrer dans la société.

Je crois que les jeunes sont une des forces qui, actuellement, portent cette révision et qui s'engagent considérablement. Nous ne devons pas les décevoir à ce sujet. Je ne crois pas que les jeunes attendent de notre part une réponse de juriste. Madame Sandoz, vous nous avez dit que l'alinéa incriminé ne vous permettait pas de voir de différence par rapport à la situation actuelle, si j'ai bien compris. Je vous demande alors ce qui vous empêche dans ces conditions d'y adhérer, puisqu'il n'y a pas de différence à vos yeux par rapport à la situation actuelle. Mais le problème, comme je l'ai dit, n'est pas là. Ce que les jeunes attendent de notre part n'est pas une réponse de juriste, mais une réponse de citoyen, de citoyen adulte, et qui leur montre que la confiance vis-à-vis de la jeunesse, surtout par rapport à ce qu'elle représente pour le pays et son avenir, est bien présente chez nous. Je crois que le fait de faire un article 11a séparé, et non pas d'adjoindre un alinéa 3 à un article qui n'a pas le même but au départ, c'est peut-être une question de forme, mais qui a toute son importance pour les jeunes qui suivent de près cette révision de la constitution.

Präsident: Die grüne Fraktion lässt mitteilen, dass sie bei Artikel 11a die Mehrheit unterstützt.

Hubmann Vreni (S, ZH), Berichterstatterin: Anlässlich unserer letzten Debatte haben wir mit 73 zu 67 Stimmen beschlossen, einen Artikel betreffend die Rechte der Kinder und Jugendlichen in die Verfassung aufzunehmen. Wir haben damit ein Anliegen der Jugendverbände aufgenommen, welche sich mit originellen Aktionen und Kreativität – so auch heute wieder – dafür einsetzen, dass die Anliegen der Kinder und Jugendlichen einen prominenten Platz in der Verfassung erhalten.

Wichtig ist dabei, dass diese Rechte in einem eigenen Artikel festgehalten werden. Wir haben deshalb den Artikel 11a speziell für die Kinder und Jugendlichen geschaffen, als Ausdruck dafür, dass wir ihre Anliegen ernst nehmen. Der Ständerat hingegen möchte den Grundgedanken in Artikel 9 als Absatz 3 aufnehmen.

Es gibt aber auch einen inhaltlichen Unterschied. Der Ständerat spricht von «Schutz ihrer Unversehrtheit und Entwicklung», während unsere Fassung einen «Anspruch auf eine harmonische Entwicklung» festhält. Im zweiten Absatz haben wir eine redaktionelle Präzisierung angebracht, wie Sie das aus der Fahne ersehen. Wir haben anstatt die «Fähigkeiten» die «Urteilsfähigkeit» genannt. Jetzt heisst dieser Absatz 2: «Sie üben ihre Rechte im Rahmen ihrer Urteilsfähigkeit aus.»

Mit 14 zu 8 Stimmen entschied die Kommission, an der nationalrätlichen Fassung festzuhalten. Ich bitte Sie, gleichermassen zu entscheiden.

Pelli Fulvio (R, TI), rapporteur: Tout d'abord, je me permets de vous rendre attentifs au fait que le dépliant déjà corrigé contient encore une faute dans la version française: dans la colonne où figurent les propositions de la commission du Conseil national, il faut ajouter à l'article 11a alinéa 1er un «Maintenir», car l'article prévoit deux alinéas: l'alinéa 1er est celui qui a déjà été adopté par notre Conseil; l'alinéa 2 fait l'objet de propositions de modification dont on parlera après. Quant au contenu: lors de la première discussion sur l'article 11a, la majorité de la commission vous avait demandé de rejeter la proposition de minorité Zbinden d'introduire un droit fondamental des enfants et des jeunes. On vous avait dit que la juste place pour introduire le principe voulu par M. Zbinden et les organisations des jeunes était l'article 81, où l'on a effectivement introduit ce principe. On vous avait dit aussi que l'introduction d'un droit fondamental de nature générique, et pour cela difficilement directement justiciable, et en plus réservé à une seule catégorie de citoyens et non à tout le monde était une opération juridiquement un peu étrange. Mais après que le Conseil national a décidé d'introduire cet étrange droit fondamental, lors de son premier examen de ce projet de révision, notre commission a décidé, par 14 voix contre 8, de suivre ce désir, «der kleine Traum von Herrn

Zbinden», et elle s'est limitée à en modifier le texte et à biffer conséquemment l'article 9 alinéa 3 introduit par le Conseil des Etats tout en biffant l'article 11a introduit par notre Conseil.

Je vous invite à suivre la proposition de la majorité de la commission.

M. Leuba le premier, tout comme Mme Sandoz aussi, a soulevé un important problème d'interprétation de l'alinéa 2. Il craint que cet alinéa ait une signification qui aille au-delà du sens même de l'article 11a. Ce n'est pas l'opinion de la majorité de la commission. Les droits dont on parle à l'article 11a alinéa 2 ne sont que les droits prévus par l'alinéa 1er, soit le droit à un développement harmonieux et celui à la protection exigée par la condition de mineurs. Par conséquent, l'article 11a alinéa 2 ne garantit aux enfants et aux jeunes, s'ils sont capables de discernement, que la possibilité de faire valoir seulement ces deux droits fondamentaux.

Leuba Jean-François (L, VD): J'apprends quelque chose de tout à fait nouveau, mais qui n'est pas conforme au texte. Si c'est ça l'interprétation, alors je n'ai plus d'objection, mais il faut formuler autrement: «Ils exercent ce droit dans la mesure où ils sont capables de discernement.» Et non «leurs droits», ce qui est une notion tout à fait générale. C'est ce droit au développement qui est visé. Si c'est cette interprétation qui est la bonne, il faut alors corriger le texte. Moi, alors, je n'ai plus aucune objection, mais j'aimerais que vous me disiez quelle est la véritable interprétation.

Pelli Fulvio (R, TI), rapporteur: La véritable interprétation est celle que je vous ai donnée. Si M. Zbinden n'y voit pas d'objection, on peut même changer ce petit mot; je serais d'accord. C'est la raison pour laquelle la commission a accepté de modifier l'alinéa 2.

Präsident: Achtung! Wir machen hier Gesetzgebung. Jetzt müssen wir aufpassen, ob wir das ändern oder nicht. Ich frage die Kommissionssprecher, was jetzt gilt und worüber abgestimmt wird. Ich bitte um eine Erklärung auf französisch und deutsch.

Pelli Fulvio (R, TI), rapporteur: J'ai tout simplement donné au texte l'interprétation de la commission. Je n'ai pas l'autorisation de le changer. Si la Commission de rédaction, ainsi que M. Zbinden qui est à l'origine de ce changement, ne font pas de difficulté, on pourrait éventuellement changer. Mais je vous donne ici seulement l'interprétation.

Koller Arnold, Bundesrat: Ich bezweifle natürlich in keiner Weise die guten Intentionen von Herrn Zbinden – auch nicht jene von Herrn Vollmer – im Bereich des Jugendartikels. Aber ich kann für den Bundesrat in Anspruch nehmen, dass wir in unserem Entwurf die Kinder und Jugendlichen auch nicht vergessen haben. Wenn Sie Artikel 33 über die Sozialziele anschauen, dann geben wir dort ganz klare Gesetzaufträge. Absatz 1 Litera e lautet: «e. Kinder und Jugendliche sowie Personen im erwerbsfähigen Alter sich nach ihren Fähigkeiten bilden und weiterbilden können», Litera f: «f. Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu selbständigen und sozial verantwortlichen Personen gefördert und in ihrer sozialen, kulturellen und politischen Integration unterstützt werden.» Wir haben also die Kinder und Jugendlichen auch nicht vergessen.

Aber, Herr Zbinden, wenn wir wirklich – und das dürfen wahrscheinlich doch alle in diesem Saal für sich in Anspruch nehmen – gegenüber unserer Jugend im Rahmen dieser Verfassungsreform grosses Wohlwollen haben, so erspart uns das nicht die Mühe, die adäquate juristische Form für die Jugendförderung zu finden. Darum geht es bei dieser Diskussion und auch im Rahmen der Differenzbereinigung mit dem Ständerat.

Wir erweisen der Jugend letztlich einen schlechten Dienst, wenn wir im Bereich der Grundrechte, wo es um klagbare Rechte geht, die im Verletzungsfall vor dem Richter durchgesetzt werden können, Formulierungen aufnehmen, die nicht

justitiabel sind. Sie erinnern sich: Das war mein Hauptvorwurf gegenüber der seinerzeitigen Fassung und gilt leider auch heute noch gegenüber der Mehrheitsfassung.

Es ist in der ganzen Diskussion kein Beispiel genannt worden, welcher klagbare Anspruch aus der Formulierung «Die Kinder und Jugendlichen haben Anspruch auf eine harmonische Entwicklung» abgeleitet werden könnte. Da fürchte ich, dass wir schlussendlich unsere Jugend erst recht enttäuschen, wenn wir eine derartig vage Bestimmung aufnehmen, aus der keine klagbaren Ansprüche ableitbar sind. Dann werden sie uns zu Recht den Vorwurf machen: Ihr habt im Rahmen der Grundrechte allen Schweizerinnen und Schweizern und zum Teil auch den Ausländern klagbare Rechte eingeräumt – und genau beim Jugendartikel habt ihr Nebel gemacht, weil überhaupt nicht sichtbar ist, welche klagbaren Ansprüche aus dieser Formulierung «harmonische Entwicklung» ableitbar wären!

Herr Zbinden, Ihre Formulierung «Schutz ihrer körperlichen und geistigen Integrität» – sie lag der Kommission vor – ist justitiabel. Diese Formulierung ist für einen Richter tatsächlich verwertbar. Der Ständerat hat diesen Gedanken mit dem Begriff der Unversehrtheit aufgenommen.

Ich gebe zu: Wenn ich wählen müsste, fände ich den Ausdruck «Schutz ihrer körperlichen und geistigen Integrität» besser als jenen der Unversehrtheit gemäss der ständerätlichen Fassung. Weil es hier wirklich um unsere Jugend geht, lohnt es sich, um die bestmögliche juristische Formulierung zu ringen.

Zurzeit bin ich davon überzeugt, dass die Formulierung des Ständerates, der Ihnen immerhin ganz entscheidend entgegengekommen ist, der Jugend juristisch mehr bringt als die total offene Formulierung der harmonischen Entwicklung, die nicht Basis für direkt klagbare Ansprüche sein kann.

Auch nach den Unklarheiten ist es vielleicht nicht schlecht, wenn wir hier noch einmal eine Differenz belassen und am Schluss eine Formulierung suchen, die wirklich justitiabel ist. Das lohnt sich für die Jugend. Aber mit der Formulierung der Mehrheit Ihres Rates könnte ich am Schluss nicht leben, denn damit würden wir der Jugend Sand in die Augen streuen.

Namentliche Abstimmung
Vote nominatif
(Ref.: 2320)

Für den Antrag der Mehrheit stimmen:
Votent pour la proposition de la majorité:

Aeppli, Aguet, Alder, Antille, Banga, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlin, Béguelin, Berberat, Bonny, Borel, Bühlmann, Burgener, Carobbio, Cavalli, Christen, Comby, David, de Dardel, Deiss, Ducrot, Dünki, Dupraz, Ehrler, Epiney, Fankhauser, Fasel, Fässler, Fehr Jacqueline, Genner, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Grobet, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gysin Remo, Haering Binder, Hämmerle, Herczog, Hess Peter, Hochreutener, Holenstein, Hubmann, Imhof, Jans, Jaquet, Jutzet, Keller Christine, Kühne, Lachat, Lauper, Leemann, Loretan Otto, Lötscher, Maitre, Marti Werner, Maury Pasquier, Meier Hans, Meyer Theo, Müller-Hemmi, Nabholz, Ostermann, Pelli, Philipona, Randegger, Ratti, Rechsteiner Paul, Rennwald, Roth, Schmid Odilo, Semadeni, Simon, Strahm, Stump, Suter, Teuscher, Thanei, Theiler, Thür, Tschopp, Vallender, Vogel, Vollmer, von Allmen, Weber Agnes, Widmer, Zbinden, Zwygart (93)

Für den Antrag der Minderheit stimmen:
Votent pour la proposition de la minorité:

Aregger, Baader, Bangerter, Baumann Alexander, Baumberger, Binder, Bircher, Blaser, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühner, Dettling, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Engelberger, Engler, Eymann, Fehr Hans, Fischer-Häggingen, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Fritschi, Gadiant, Giezendanner, Gros Jean-Michel, Gusset, Gysin Hans, Rudolf, Hasler Ernst, Heberlein, Heim, Hess Otto, Keller Rudolf, Kofmel, Kunz, Leu, Leuba, Maspoli, Maurer, Moser,

Oehrli, Ruckstuhl, Ruf, Sandoz Suzette, Schenk, Scheurer, Schlüer, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Speck, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Steiner, Stucky, Tschuppert, Vetterli, Waber, Weigelt, Weyeneth, Widrig, Wittenwiler (67)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Bezzola, Blocher, Caccia, Cavadini Adriano, Chiffelle, Columberg, Debons, Dormann, Dreher, Fehr Lisbeth, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Hafner Ursula, Hegetschweiler, Jeanprêtre, Langenberger, Loeb, Meier Samuel, Mühlemann, Müller Erich, Pidoux, Pini, Raggenbass, Rechsteiner Rudolf, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Scherrer Jürg, Spielmann, Stamm Judith, Steinegger, Tschäppät, Vermot, von Felten, Wiederkehr, Wyss, Zapfl, Ziegler (39)

Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas:
Leuenberger (1)

Art. 12

Antrag der Kommission

Festhalten

Proposition de la commission

Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 16a

Antrag der Kommission

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 18 Abs. 3

Antrag der Kommission

Festhalten

Art. 18 al. 3

Proposition de la commission

Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 22 Abs. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Schlüer, Borer, Dettling, Engelberger, Fehr Hans, Fischer-Häggingen, Föhn, Seiler Hanspeter, Wittenwiler)
Festhalten

Antrag Dettling

.... voll entschädigt. Für andere Eigentumsbeschränkungen, die einen Wertverlust von mehr als einem Viertel zur Folge haben, ist ein angemessener Ausgleich vorzunehmen.

Art. 22 al. 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Schlüer, Borer, Dettling, Engelberger, Fehr Hans, Fischer-Häggingen, Föhn, Seiler Hanspeter, Wittenwiler)
Maintenir

Proposition Dettling

.... à une expropriation. Les autres restrictions à la propriété, qui ont pour conséquence une perte de valeur de plus d'un quart, donnent lieu à une compensation appropriée.

Schlüer Ulrich (V, ZH): Ich übernehme mit meinem Minderheitsantrag einen in der ersten Lesung eingebrachten Antrag

Bundesverfassung. Reform

Constitution fédérale. Réforme

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1998
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	96.091
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.09.1998 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1751-1777
Page	
Pagina	
Ref. No	20 044 498

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.